

Geheime Bildungsarbeit

Streitgespräch über die Aufklärungskampagne des Verfassungsschutzes an Schulen

VON HENNING KRAUDZUN

Potsdam (MOZ) Darf der Verfassungsschutz Aufklärungsarbeit an Schulen leisten? Mit dieser Frage beschäftigten sich am Donnerstagabend Experten in der Landeszentrale für politische Bildung. Bereits seit Jahren informieren die Geheimdienstler Jugendliche über extremistische Strukturen.

Mit einem Satz brachte der Politikwissenschaftler Michael Kohlstruck die zahlreich erschienenen Verfassungsschützer gegen sich auf: „Der Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper in der Zivilgesellschaft“, sagte der Experte. Das zeigte Wirkung. Ebenso die Feststellung, dass die Behörde an „Imageverlusten“ leide.

Kohlstruck ist der Auffassung, dass der Geheimdienst allein „Instrument der Abwehr“ sei und sich nicht in Bildungsarbeit einzumischen habe. Zudem enthielten die jährlichen Verfassungsschutzberichte auch problematische Passagen, die Betroffene zu Unrecht an den Pranger stellen. Er nannte das Beispiel des linken Jugendzentrums „Mittendrin“ in Neuruppin (Ostprignitz-Ruppin).

Die Aufgabe der Behörde sei das Beobachten und Sammeln von Informationen sowie deren Prüfung auf verfassungsfeindliche Tendenzen. Doch gerade die konspirative Arbeit mache den Geheimdienst zu einem ungeeigneten Gesprächspartner an Schulen. „Da geht es auch um Waffengleichheit.“

Der frühere Chef des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, Hartwig Möller, schilderte indes Beispiele, bei denen die Aufklärungsarbeit von den Schulen erwünscht war und gute Resonanz fand. Gerade die frühe Jugend sei eine Einstiegs-Phase in den Rechtsextremismus, sagte er. Da könne man mit Gesprächen gegensteuern. „Wir sind aber keine Sozialarbeiter.“

Seit Wochen steht der Verfassungsschutz wegen der Mordserie des Zwickauer Neonazi-Trios in der Kritik. Politiker bemängeln die Strukturen der 17 Behörden bei Bund und Ländern. Ein Untersuchungsausschuss will die Pannen aufklären. Zudem gab es Ärger wegen der Beschitzelung von Linke-Politikern.

An Jugendliche könne man die Schlapphüte nicht heranlassen, da diese nur über Feinde aufklär-



Überwacht: In die Türklingel des Amtes für Verfassungsschutz ist eine Kamera integriert. Experten stritten in Potsdam, ob die Behörde Aufklärungsarbeit in Schulen betreiben darf. Foto: dpa

ten, hieß es. Dies entspreche nicht den Idealen von Bildungsarbeit. Eine Sozialarbeiterin erkannte darin eine „enorme Schräglage“. Der Rechtsextremismus-Experte Fritz Burschel sprach von „unheimlichen Machtmitteln“, die politisch von jeweiligen Regierungen missbraucht würden.

Die Zahl der Geheimdienstler soll in Brandenburg bis 2015 ohnehin um ein Drittel auf 90

sinken. Manche Linkspolitiker im Land wollen diese ganz einsparen. Nach eigenen Angaben unterrichtete die Behörde im Vorjahr rund 4800 Bürger in 110 Veranstaltungen. Ein Infomobil fuhr vor allem zu Schulen, Feuerwehren und Sportvereinen.

„Wir haben mehr Anfragen als wir leisten können“, sagte Winfriede Schreiber, Chefin des mär-

kischen Verfassungsschutzes, in der Diskussion. Sie hofft daher, dass Bürgermeister und Vereinschefs selbst mehr zur Aufklärung über Extremismus unternehmen.

Entschieden wurde die Frage, ob die Informationsoffensive überhaupt vom Gesetz gedeckt wird, in der Debatte nicht. Jede Seite deutete die Paragraphen unterschiedlich.